

“Stop now, now, now!!!”

*Die Zustände in libyschen Gefängnissen werden immer bekannter, jede Woche erscheinen neue Berichte, Artikel und Petitionen über Misshandlungen von Migrant*innen in dem nordafrikanischen Land.*

Niemand redet dabei über die Situation der libyschen Bevölkerung, der es täglich schlechter geht. Ist es überhaupt noch möglich, mit dem Wissen um die Zustände in dem zersplitterten Land an der Abschottungs- und Kriminalisierungspolitik festzuhalten?

Eine Momentaufnahme aus Italien von Judith Gleitze, **borderline**-europe, Palermo.

Am 6. November fand eine der bisher aufsehen-erregendsten Seenotrettungseinsätze in diesem Jahr statt: das Schiff der Seenotrettungsorganisation Sea Watch, die Sea Watch 3, wurde von der italienischen Seenotrettungszentrale MRCC an den Unglücksort beordert, wo sich neben ihnen auch noch ein Schiff der französischen Marine (Eunavfor Med), ein italienischer Marinehubschrauber und ein „libysches Küstenwachschiff“¹ befanden. Die Einsatzleitung der Rettungsoperation war der Sea Watch 3 übertragen worden, doch das libysche Schiff reagierte nicht auf die Einsatzorder.



Bildquelle: sea-watch.org: „Beweismaterial für unverantwortliches Verhalten der Libyschen Küstenwache“, 8.11.2017.

¹ Da es keine eindeutige libysche Küstenwache gibt, sondern diese sich aus diversen Sektionen zusammensetzt, die zum Teil mit Milizen zusammenarbeiten wird der Begriff „libysche Küstenwache“ in Anführungsstriche gesetzt.

Letztendlich [verloren ca. 50 Menschen](#) ihr Leben bei dem von der „libyschen Küstenwache“ verursachten Chaos in der Rettungsoperation.

In den Medien wurde breit über den Vorfall berichtet, vor allem, weil das libysche Schiff plötzlich losfuhr, obwohl noch ein Geflüchteter an der Rettungsleiter außenbords hing. Die Rufe des italienischen Marinehelikopters „[STOP NOW, NOW, NOW!](#)“ gingen um die Welt. Sea Watch selber hat in [einem halbstündigen Video](#) das Geschehen oder die Geschehnisse zusammengeschnitten.

Doch die sogenannte libysche Küstenwache versuchte den Spieß umzudrehen und die Schuld der Sea Watch 3 in die Schuhe zu schieben – auch wenn die Videoaufnahmen keinen Zweifel zulassen. Die italienische Tageszeitung „Il Giornale“ übernahm die Version der Libyer. Schon lange sind dem eher rechtsgerichteten Blatt die Rettungs-NGOs ein Dorn im Auge. Es veröffentlichte am 10. November einen [Artikel mit drei Videos](#), die klar zeigen sollen, dass die Libyer die Rettung sehr wohl im Griff hatten und nur durch die Ankunft der Sea Watch Chaos ausgebrochen sei. Dumm nur, dass die drei von der Tageszeitung veröffentlichten Videos nur zum Teil echt sind – das mittlere Video, in dem die Geflüchteten mit Schwimmwesten auf ihrem Schlauboot längsseits eines libyschen Schiffes zu sehen sind, ist nicht vom 6. November, wie Mitarbeiter der Sea Watch bestätigen. Die Geflüchteten hatten zum großen Teil überhaupt keine Schwimmwesten, die See war unruhiger und das im Hintergrund zu sehende Rettungsboot ist nicht von der Sea Watch. Kurz: die „Libysche Küstenwache“ hat ein falsches Video lanciert, um die Sea Watch zu diskreditieren und rechte italienische Medien sind sich nicht zu schade, diese „fake news“ aufzugreifen.

„NGO-Jäger“ Zuccaro meldet sich wieder zu Wort

Das hat leider auch den schon bekannten Staatsanwalt Carmelo Zuccaro aus Catania dazu ermutigt, sich mal wieder zu äußern. [Dieser hatte seit Beginn des Jahres](#) immer wieder die Arbeit der

Rettungs-NGOs in Frage gestellt und ihnen Zusammenarbeit mit libyschen Schleppern vorgeworfen. Die Maßnahmen von Innenminister Minniti seien nützlich, [so Zuccaro eine Woche nach dem Vorfall](#) des 6. November auf einer Tagung. Gemeint ist das fragwürdige Memorandum of Understanding vom Februar 2017 zwischen der italienischen Regierung und der libyschen al-Serradsch Regierung. Auf die Nachfrage, ob das denn aufgrund der unsagbar schlechten Bedingungen der Geflüchteten in Libyen tragbar sei meinte Zuccaro, er wolle, dass die Vereinten Nationen die Kontrolle über die libyschen Zentren übernehmen. Wichtig sei aber vor allem, die Abfahrten zu stoppen. Bei einer [Konferenz](#) in der katholischen Universität von Mailand äußerte er sich positiv über die libysche Küstenwache: „Die libysche Küstenwache in Tripolis setzt sich aus Personen zusammen, die das Recht respektieren, mit al-Serradsch zu verhandeln bedeutet nicht Komplize zu werden, sondern es hilft, den Schleppern der Migrant*innen Einhalt zu gebieten.“ Die Schlepper seien die Monster, formulierte er, denen man das Handwerk legen müsse, genauso wie es die Antimafia-Richter Falcone und Borsellino in den 90er Jahren gehandhabt hatten. Somit sei alles, was Geflüchtete dazu bewegen könnte, nach Europa zu gelangen, zu unterbinden – also auch die Arbeit der Rettungs-NGOs. Wenige Meilen vor der libyschen Küste auf See zu warten sei ein Verbrechen, keine Hilfe. Zuccaro geht noch weiter: Millionen von armen Menschen versuchten abzufahren. Das könne nicht bedeuten, dass Italien diese alle aufnehmen müsse. Das Rote Kreuz habe uns gelehrt, dass man sich erst um die eigene Sicherheit kümmern müsse, bevor man anderen helfe.

UNO, MEDU und ASGI klagen an

Zum Glück vergessen nicht alle Organisationen die Menschen, um die es hier eigentlich geht. Am 14. November [kritisierte der Hochkommissar für Menschenrechte](#), der jordanische Prinz Zeid Raad al-Husseini, die europäische und italienische Kollaboration mit der libyschen al-Serradsch Regie-

rung. „Die Politik der Europäischen Union, die libysche Küstenwache darin zu unterstützen, Migrant*innen im Mittelmeer abzufangen und zurückzuschieben ist inhuman“, so al-Husseini. Man könne die Augen nicht mehr vor dem unvorstellbaren Horror, der sich in libyschen Gefängnissen abspiele, verschließen. Interessant in diesem Zusammenhang auch, dass die italienische [Staatsanwaltschaft in Palermo](#) mit sieben Geflüchteten zusammenarbeitet, die aus dem berüchtigten Gefängnis in Sabha entkommen sind und nun die Zustände dort mit Handyfotos belegen können. Hier scheinen die Meinungen der Staatsanwaltschaften auf Sizilien doch auseinanderzugehen, da Zuccaro nicht einmal willens ist, über die katastrophalen Haftbedingungen zu diskutieren. Doch diese werden auch von der Ärzteorganisation MEDU (Ärzte für Menschenrechte) angeklagt. Sie hat sich in einem [öffentlichen Brief an den italienischen Innenminister](#) gewandt: Man habe bei der Arbeit im Hotspot von Pozzallo sowie in den Zentren der Umgebung und dem CARA in Mineo in den letzten vier Jahren 2.600 Zeugenaussagen über die Situation in Libyen gesammelt. Die Situation habe sich seit den Auseinandersetzungen in Sabratha noch verschärft.



Bildquelle: Borderline Sicilia: „Oxfam, Borderline Sicilia, MEDU: Abusi, torture e detenzioni illegali nell'Inferno libico“, 6.07.2017.

Die letzten Zeugenaussagen stammten, so MEDU, von der Ankunft am 23. November in Pozzallo: 294 Personen, krank, traumatisiert, unterernährt, darunter auch 100 unbegleitete minderjährige Geflüchtete und ein neun Monate altes Kleinkind, das im Helikopter ins Krankenhaus gebracht wer-

den musste. MEDU bittet den Innenminister um ein Treffen, um Klarheit über die italienische und europäische Linie in Bezug auf diese andauernden Misshandlungen und Menschenrechtsverletzungen in Libyen zu erhalten.

Aber nicht nur die UNO und MEDU klagen die italienische und europäische Politik an, deren Ziel es ist, die Ankunft von Geflüchteten um jeden Preis zu verhindern. Der italienische Anwaltsverein ASGI hat rechtliche Maßnahmen ergriffen und am 14. November 2017 vor dem [Verwaltungsgericht Lazio Klage](#) eingereicht. Mit dem Dekret 4110/47 hatte das italienische Außenministerium im Frühjahr dieses Jahres u.a. 2,5 Millionen Euro an das Innenministerium übergeben. Mit diesen Mitteln sollen die vier derzeit nicht nutzbaren Schiffe, die die italienische Regierung den libyschen Behörden übergeben hatte, repariert werden. Diese Schiffe sollen die Geflüchteten abfangen und zurück nach Libyen befördern. Doch die Mittel, die das Außenministerium nun freigegeben hat, sind Teil des „Africa Fund“ (200 Millionen Euro), der vom italienischen Parlament eingerichtet wurde, um Kooperationen und Dialoge mit afrikanischen Ländern zu führen. Es sei absolut in Frage zu stellen, ob eine so große Summe an ein völlig instabiles Land gegeben werden können. Wenn mit den Mitteln die Schiffe repariert und dann Migrant*innen erneut in nicht zumutbare libysche Gefängnisse überstellt werden sei dies eine Zweckentfremdung eines Fonds, der nicht dazu diene, militärische Ausrüstungen zu verbessern, sondern humanitäre Krisen zu bewältigen. [In dem Dekret](#) werden auch Gelder für das Training und die Ausrüstung der libyschen Küstenwache (3 Mio Dollars) und für weitere libysche Grenzkontrollprojekte (12 Mio Dollars) festgelegt, wie Zach Campbell in einem ausführlichen [Intercept – Artikel](#) über die Europäischen Pläne, die Seegrenze zu schließen, beschreibt.

Rom macht sich nicht die Hände schmutzig und delegiert an Libyen

Diese Abschottung zeigt sich bestens an der letzten Rettungsaktion der „Aquarius“ (SOS Méditerranée mit Ärzte ohne Grenzen). Das Schiff macht am 24.11. kurz nacheinander zwei Schlauchboote in Gefahr aus, doch die italienische Seenotrettungsleitzentrale MRCC in [Rom lässt sie nicht retten](#) – so müssen die Geflüchteten bei immer schlechter werdendem Wetter vier lange Stunden ausharren, um dann von der libyschen Marine und der „libyschen Küstenwache“ nach Tripolis zurückgebracht zu werden. [MSF klagt das MRCC](#) an, eine Zurückschiebung nach Libyen nicht nur zuzulassen, sondern quasi anzuordnen – ein bisher so noch nicht dagewesener Fall. Eine direkte Zurückschiebung durch Italien ist rechtlich nicht zulässig, doch Rom macht sich nicht selber die Hände schmutzig, sondern lässt das die Libyer erledigen. „Refolement“ über Bande gespielt. Innenminister [Minniti hingegen betont erneut](#), Italien mache nicht zu, man nehme doch auf, die Häfen seien geöffnet. Leider scheint es jedoch eine Lotterie zu sein; wer gewinnt, darf in den „sicheren Hafen“, wer nicht gehe zurück auf Los. In Libyen hingegen [droht der Sprecher der „libyschen Küstenwache“](#) mal wieder, dass sie Personal und Mittel im nächsten Jahr reduzieren werden, das Geld reiche bei weitem nicht, um Migrant*innen zu stoppen, die NGOs störten und er schließe nicht aus, das man auch Crewmitglieder verhaften könne. Wie werden Italien und Europa, auf diese erneute Drohung reagieren? Noch mehr Geld zahlen an „man – weiß – nicht – wen“?

Palermo, 1.12.2017.